

MDR, 11.01.2011, **Linken-Politikern droht Anklage wegen Demo-Blockade**, -, <http://www.mdr.de/sachsen/8094786.html>

Rund ein Jahr nach der Blockade des Neonazi-Aufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden droht vier Spitzenpolitikern der Linken eine Anklage. Wie der Fraktionschef der Partei im Sächsischen Landtag, André Hahn, am Dienstag mitteilte, habe ihm das die Staatsanwaltschaft Dresden kurz vor Weihnachten mitgeteilt. Mit dem Schreiben hätte die Ermittlungsbehörde zugleich angekündigt, die Aufhebung der Immunität als Landtagsabgeordneter zu beantragen. Außer ihm seien der Fraktionschef im Thüringer Landtag Bodo Ramelow sowie die beiden Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag Janine Wissler und Willi van Ooyen betroffen, sagte der sächsische Linken-Politiker.

Den Linken Politikern wird vorgeworfen, einen Marsch Rechtsextremer am Jahrestag der Bombardierung Dresdens verhindert zu haben. Da der von der "Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" angemeldete Aufmarsch genehmigt war, hatte die Staatsanwaltschaft bereits im Vorfeld Aufrufe zu einer Blockade als Straftat eingestuft. Dennoch stellten sich am 13. Februar 2010 Tausende Menschen den Neonazis entgegen. Die Polizei sah sich nicht in der Lage, die Blockade aufzulösen.

Hahn: "Missbrauch der Strafverfolgung"

Den Ermittlungsbehörden warf Hahn einen "Missbrauch der Strafverfolgung zu politischen Zwecken" vor. So sei gegen ihn mehr als zehn Monate ermittelt worden, "ohne auch nur einen einzigen Beweis für irgendein strafbares Handeln meinerseits erbringen zu können". Trotzdem, so der Linkspolitiker, werde das Verfahren gegen ihn - anders als gegen zahlreiche andere Betroffene - nicht eingestellt.

Audio: Linken-Politiker Hahn droht Aufhebung seiner Immunität

In vier von 34 Fällen wurde weiter ermittelt

Ursprünglich hatte die Staatsanwaltschaft Dresden nach der Blockade rund 20 Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Später erhöhte sich die Anzahl auf 34. Betroffen waren nur Mitglieder der Linken, die Selbstanzeige eines Grünen-Politikers scheiterte. Nach Aussagen des Linken-Landtagsabgeordneten und Rechtsanwaltes Klaus Bartl wurden alle Ermittlungsverfahren bis auf vier eingestellt. Die Staatsanwaltschaft Dresden begründete das damit, dass die Fraktionschefs aus Thüringen, Sachsen und Hessen die führenden Köpfe der Blockade gewesen seien.

Hahn: Werde auch 2011 protestieren

Hahn bat am Dienstag alle sächsischen Landtagsabgeordneten mit Ausnahme der der NPD, einer Aufhebung seiner Immunität nicht zuzustimmen. Er habe kein Interesse an einem langen Rechtsstreit, erklärte der Linken-Politiker. "Ich habe keinen Zweifel daran, dass ich am Ende vor dem Bundesgerichtshof oder dem Bundesverfassungsgericht Recht bekommen würde", so Hahn. Seine politische Handlungsfähigkeit als Oppositionsführer im Landtag würde durch ein Verfahren aber über längere Zeit "erheblich beeinträchtigt". Hahn kündigte an, auch am 13. Februar 2011 gegen den Aufzug der Rechtsextremen in Dresden zu protestieren.